

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Volkskassentor Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrückung 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die heutige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Heraus mit der Goldwert-Denkchrift des Reichswirtschaftsministeriums!

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Unter der Überschrift: Reichsregierung und Goldwerte schreibt die Freiheit: „Nachdem die Denkchrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte durch einen Vertrauensbruch in die volksparteiliche und deutschnationalistische Presse gefangen ist und der Bloß der Steuerherrscher ihm nur entnimmt, was ihm in den Kram paßt, ist die Reichsregierung verpflichtet, die Denkchrift in ihrem vollen Umfang zur Veröffentlichung freizugeben. Das erscheint um so notwendiger, als eine offiziöse Note berichtet, daß die Heranziehung der Sachwerte gegenwärtig noch der Beratung innerhalb des Kabinetts unterliegt. Soll diese Mitteilung mehr sein als ein Versuch der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, so ist dringend notwendig, daß ein entsprechender Vorschlag, sobald er fertiggestellt ist, der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, damit er zugleich mit den übrigen Steuervorlagen in Beratung genommen werden kann. Denn da selbst von den Befürwortern der bisher vorgeschlagenen Steuererhöhungen nicht behauptet wird, daß sie zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ausreichen, noch das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches herstellen, so hängt eine durchgreifende Beratung des Finanzprogramms der Regierung in erster Linie von dem Vorschlag zur Erfassung der Goldwerte ab. Ohne diese Vorlage sind unsere Erachtens Beratungen zwecklos.“

Auch der Vorwärts fordert die Freigabe der Denkchrift. Die Regierung dagegen will anscheinend nichts davon wissen. Sie ist für die Geheimdiplomatie. Offiziös wird orakelt, „daß in der Tat im Verlauf der kommenden Gesetzgebung die Erfassung der Sachwerte Gegenstand erster Erwägungen ist. Der in der Öffentlichkeit erschienene Aufsatz aber stützt sich auf Material, das auf einem Wege dem Schoße der Geheimhaltung entzissen worden ist, der nicht im Sinne der Reichsregierung liegt. Die Erfassung der Goldwerte ist zur Stunde noch Gegenstand der Beratungen innerhalb des Kabinetts. Neue Erklärungen über die vielfeicht einschlagenden Wege können noch nicht abgegeben werden, da sich alles noch in der Schwebe befindet.“

Wir wissen nicht, ob die schwulstige Stillisierung dieses Orakels auf Rechnung der Regierung oder des Schmöks kommt, der sie an das Blatt übermittelt hat, in dem wir es finden. Der Inhalt ist jedenfalls ebenso unerfreulich wie die Form. Die in sich uneinige Regierung bringt es nur zu nichtsagendem Verlegenheitsgesammel. Damit wird in entscheidungsschwere Stunde nichts geschafft. Wie die Tatsache, daß die Regierung noch nicht zum Entschluß kam, die Veröffentlichung der Denkchrift zu verbieten soll, ist unverständlich. Das deutsche Volk hat aber Anspruch darauf, den Inhalt kennen zu lernen, nachdem tendenziös herausgerissene Bruchstücke bekanntgeworden sind. Das sollte die Regierung begreifen!

Die Auszüge aus der Denkchrift sind vom volksparteilichen Abgeordneten Pinkerell im hannoverschen Courrier veröffentlicht worden. Wir heben daraus folgendes hervor:

„Im ersten Teil der Denkchrift wird die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der städtischen Wohn- und Mietgebäude, der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen auseinandergesetzt. Vom landwirtschaftlichen Grundbesitz wird behauptet, daß sich bereits im Frühjahr 1921 gegen 1918 die landwirtschaftlichen Reinerträge auf das Drei- bis Fünffache erhöht hätten. Die jetzige Gestaltung der Getreidewirtschaft bringe eine weitere Mehrernte von 4 bis 5 Milliarden Papiermark, so daß mit einem Reinertrag von 14 bis 16 Milliarden, d. h. mit dem 5½- bis Sechsfachen Friedensbetrag zu rechnen sei. Die Wertsteigerung der forstwirtschaftlichen Grundstücke sei höher. Vom städtischen Hausbesitz wird gesagt, daß er durch die Zwangswirtschaft weniger ertragreich geworden sei, daß aber eine weitere Steigerung der Mieten bis auf rund 300 Prozent eine hohe Wertsteigerung in sich schließt. Auch bei den gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen sei eine Ertragsvermehrung auf das Sechsfache anzunehmen.“

Die Denkchrift schlägt vor, von dem sechsfachen Friedenswert den fünften Teil herauszunehmen. Die Heranziehung soll durch Befassung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen, die an erster Stelle als Goldgrundschuld eingetragen sei, und in dem Verhältnis, in dem sich zur Zeit der Enttragung Gold- und Papiermark zueinander befinden. Bei härterer Entwertung der Papiermark wächst ganz mechanisch die Schuld, die sich verringert, falls eine Besserung des Wertverlustes eintritt. Die Verzinsung der Grundschuld ist mit 4 Prozent angesetzt.

Der Ertrag an Vermögenswerten, die dem Reiche dadurch aufstehen, wird auf 110 Milliarden bei der Landwirtschaft, auf 87 Milliarden beim städtischen Grundbesitz und auf 108 Milliarden bei gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen angenommen. Werte, die sich steigern, wenn die Reste der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft beseitigt werden und die Mieten weiter in die Höhe gehen. An laufenden Erträgen aus diesen Beteiligungen errechnete man bei der Landwirtschaft 4,4 Milliarden, aus dem städtischen Grundbesitz 3 Milliarden, aus den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben 4,4 Milliarden. Diese Beträge erhöhen sich auf insgesamt 17 Milliarden, wenn der Rest der Zwangswirtschaft beseitigt und die Mieten weiter gestiegen sind.“

Der Reichslandbund der Steuerherrscher.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Der Steuerausshuß des Reichslandbundes hat als Ergebnis seiner Besprechung über neue Steuerpläne der Regierung eine Ent-

scheidung veröffentlicht, daß jeder Versuch, einen „in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen Goldwert“ zur Grundlage von Steuerberatungen zu machen, unbedingt abzulehnen sei. Der „unverhüllte Sozialisierungsversuch“, die sogenannte Erfassung der Goldwerte, könne überhaupt nicht ernsthaft zur Erörterung gestellt werden.

Dazu bemerkt der Vorwärts: „Wenn der Reichslandbund in der Erfassung der Goldwerte einen entscheidenden Schritt zur fortschreitenden Sozialisierung des produktiven Volkvermögens sieht, so wird dies für uns ein Anreiz mehr, darauf hinzuwirken. Aber wir bedürfen dieses Anreizes nicht und wir müssen, weil wir die Dinge besser kennen, leider gestehen, daß auch von einem leibhaftigen Sozialisierungsversuch in den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums nichts zu merken ist.“ Das Berliner Tageblatt schreibt dazu: „Daß der Reichslandbund sich gegen neue Steuern sträubt — kein Mensch wundert sich darüber. Bloß der Milch-Krieg und der Fleisch-Krieg und der ganze Nahrungserzeugungsplan — daß das alles „deutsch“ und „national“ sein soll, das will uns nicht in den Kopf hinein.“

Münchener Polizeigeist.

München, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Am Mittwoch wurde eine Verletzung der bei der verbotenen Münchener Morgenpost beschäftigten Druckerei-Angestellten und Arbeiter beim Polizeipräsidenten vorstellig. Sie wurde von dem Leiter der Presseabteilung, Professor Srid, empfangen. Herr Srid sagte den Arbeitern, sie sollten gegenüber den Redakteuren der Münchener Morgenpost, diesen Schweinehunden, zur Selbsthilfe greifen. Der Herr Polizeipräsident steht also seine Aufgabe unter dem Regim Pöbner darin, die Arbeiter im Sinne der Hakenkreuzler und ihrer Resonanzmethoden aufzuheben und die ihm und seiner Sippe unangenehmen Redakteure im Kasernenhofstil zu titulieren. Gegen den Herrn Professor wird Verleumdungsklage eingeleitet werden. Gibt es noch einen Menschen, der sich wundert, daß diese Polizei keinen nationalsozialistischen Mörder findet?

Englische Warnung vor einem neuen Polenputsch.

Breslau, 18. August. (U.) Die englischen Kreisinspektoren haben verschiedentlich polnische Heerbesuche beflagelt. Der Oberkommandant der englischen Truppen hat eine in energischem Tone gehaltene Warnung vor einem neuen polnischen Putsch erlassen. Der Kommandant der englischen Truppen hat für den von den Engländern besetzten Teil des Abstimmungsgebietes die Aufforderung der Einwohnerwehren verfügt. Eine entsprechende Mitteilung an die Interalliierte Kommission in Opatowitz wird vorbereitet. In dem Bericht wird der Nachweis geführt, daß ein neuer polnischer Putsch in Oberschlesien unvermeidlich ist, wenn nicht diese Sammelstellen der polnischen Insurgenten beseitigt und zerstört werden. Es wird darin der Vorschlag gemacht, alle bestehenden Einwohnerwehren in allen Ortschaften des Abstimmungsgebietes aufzulösen.

Nach einer Meldung aus Rom hat der italienische Minister rat beschlossen, zwei Bataillone als Verstärkung der italienischen Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Deutsch-polnische Besprechungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 17. August. (U.) In Verfolg einer Vorbesprechung, die am 12. August auf Anregung des Obersten polnischen Volksrates zwischen Deutschen und Polen stattgefunden hatte, fand gestern in Kattowitz eine Versammlung der Führer aller deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien statt. Nach eingehenden Besprechungen wurde beschlossen, getrennte Aufrufe gleichzeitig in deutschen und polnischen Zeitungen an die ober-schlesische Bevölkerung zu erlassen. Die Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Heberhöhung der nationalen Gegenstände betonen, sich gegen jede gewalttätige Lösung der ober-schlesischen Frage sowie gegen Gewalttätigkeiten und Drohungen jeder Art erklären und die Bildung paritätischer Ausschüsse ankündigen, die dafür sorgen sollen, daß Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse hat bereits begonnen.

Irland unverföhnlich?

Dublin, 17. August. (Reuters.) Im Sinnfeiner-Parlament erklärte der Valera: Wir können die englischen Bedingungen nicht annehmen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines britischen Dominions angeboten. Die Iren beabsichtigen, mit aller Kraft Widerstand zu leisten und sind bereit, den unverföhnlichen Ansprüchen Irlands entgegenzutreten. Die Iren sind bisher nicht vor der Gewalt zurückgeschreckt, sie werden auch jetzt nicht zurückweichen, weil mehr Waffen herbeigerufen worden sind.

London, 18. August. (U.) Die Erklärungen des Valera, er könne und wolle die englischen Vorschläge nicht annehmen, werden in wohlunterrichteten politischen Kreisen nicht hochwütlich aufgenommen. Man hält es für unwahrscheinlich, daß der Del Cerrea weitere Verhandlungen ablehnt.

Zwischen zwei Kongressen.

Von G. M. Serrati.

Wir geben die Uebersetzung des Artikels des Genossen Serrati aus dem Kwanti, weil er in die neueste Krise der italienischen Partei, die durch einen Vorstoß der Reformisten hervorgerufen wurde — die Mehrheit der Parlamentsfraktion hat unter Führung Turatis eine Kundgebung für die Koalition mit bürgerlichen Parteien zur Regierungsbildung erlassen und die Gründung einer besonderen Wochenchrift beschlossen —, einfließt und zugleich das ungeklärte Verhältnis zu Moskau beleuchtet.

Was den Kongreß der kommunistischen Internationale vielleicht am meisten beschäftigte, ist die italienische Frage gewesen. Es handelte sich in der Tat darum, theoretisch festzusetzen, ob es — bei aller Respektierung der allgemeinen Prinzipien — angängig sei, in den einzelnen nationalen Sektionen eine gewisse Bewegungsfreiheit walten zu lassen, die eine schnellere und leichtere Entwicklung der Partei gewähre, und eine Taktik, die den Forderungen der nationalen Bewegung und insoweit auch den Interessen der Internationale besser entspreche.

Die Moskauer Thesen sind in dieser Beziehung deutlich genug und, wie uns scheint, auch genügend auf diese Autonomie der Taktik eingestellt. So sagt der 16. Artikel der berühmten 21 Thesen:

„Die Parteien, die bisher ihre alten sozialdemokratischen Programme behalten haben, müssen sie unverzüglich revidieren und sich gehalten, ein neues kommunistisches Programm aufzustellen, das den besonderen Bedingungen ihres Landes angepaßt ist...“ und der Paragraph 17 sagt:

„Die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee sollen von den verschiedenen Kampfbedingungen in den verschiedenen Ländern Kenntnis nehmen und allgemeine und obligatorische Beschlüsse nur da fassen, wo sie möglich sind.“

Dem 3. Kongreß lag somit ob, sein eigenes Urteil abzugeben über den Bann, den Cristo Rabacchi im Namen des Exekutivkomitees über uns ausgesprochen — und der unsern „Reinen“ (den jetzigen italienischen Kommunisten. Red. d. V. A.) sehr gelegen kam, und über unser ruhiges Ansehen, das wir unsern Genossen Lazzari, Maffi und Ribaldi anvertraut hatten.

Der Kongreß hat nichts Entscheidendes beschlossen. Der Taktik folgend, die dem russischen Bolschewismus teuer ist, und die besonders die politische Psychologie unserer russischen Genossen auszeichnet, hat der Moskauer Kongreß eine neue Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei versucht. Aus diesem Grunde hat er unsre „Reinen“ zurückgewiesen, die kurz und bündig die Köpfe aller italienischen Sozialisten forderten, besonders aber die der Zentristen, die als noch gefährlicher als die Rechten dargestellt wurden. Dafür hat er uns die Ausstoßung Turatis, Modiglianis und Dragonas anbefohlen, vollkommen überaus, daß — wenn diese trotzen Zweige vom Baume unserer Partei entfernt sein würden — wir wieder grün und gedeihen würden, auch wenn es sich unsre „Reinen“ Kritiker nicht träumen lassen.

Mit diesem Beschluß, der die italienische sozialistische Partei in dieselbe Lage versetzt, in der sie sich schon in Livorno befand, hat die kommunistische Internationale, ohne es zu wissen und zu wollen, einen so entscheidenden Schritt nach rechts getan, den wir nie für möglich gehalten hätten. Um bei ihrer ersten Forderung zu bleiben, hat sie schließlich der demokratischen Auffassung des Sozialismus bei sich Bürgerrecht gewährt, einer Auffassung, die in Lazzari verkörpert ist, der nicht aus blohem Zufall in Bologna die Richtung anführte, die sich der radikalen Veränderung des Programms von Genua widersetzte. Auf diesem Kongreß standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die grundsätzlich demokratische und die des entschiedenen Klassenkampfes mit allen Mitteln. Lazzari war für die demokratische, verwarf die Gewalt, Verschwörerorganisationen, bewaffneten Widerstand. Deshalb rühten wir, wenn auch mit Bedauern, von ihm ab, weil er immer einer der unsern gewesen. Deshalb näherten sich ihm die Rechten und stimmten mit ihm. Nun sind wir soweit, daß zur gleichen Zeit, wo man uns auffordert, zur Ausschließung zu schreiten, die wir im Einvernehmen mit Lazzari in Livorno nicht vorgenommen haben, man uns zu gemeinsamer Arbeit rät mit dem alten Führer, d. h. — angesichts des schwersten Problems der Internationale — mit Turati selbst.

Einen Widerspruch gibt es hier aber nur für den, der die Strategie unserer bolschewistischen Genossen nicht kennt. Für sie hat die Tatsache einer vorübergehenden Verbindung mit denen, die kautskische Ideen vertreten in bezug auf die Anwendung der Gewalt und des Terrors, keine Bedeutung, wenn diese Verbindung nur die Widerstandskraft gegen die Spaltung der italienischen Partei bricht.

Diese polemische Taktik — die selbst unsere Linken nur zum Teil bekann ist — hat die „Reinen“ wie ein Schlag ins Gesicht getroffen. Sie können nicht verstehen, daß in diesem Augenblick Lenin Lazzari näher als ihnen steht, der Rechten von Bologna näher als der Linken, wenn auch nur, um das Zentrum zu sprengen. Aber Lenin hält es weder mit dem einen noch dem andern, er hält es einfach nur mit sich, mit seiner eisernen und zerbrech-